Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

19.2.1864 (No. 42)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 19. Februar.

Nr. 42. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

Frankfurt, 18. Febr. Die Bundesversammlung beschloß in ihrer heutigen Sitzung, wegen des dänischen Embargo's auf die deutschen nichtgroßmächtlichen Schiffe auf alle in den deutschen Häfen befindliche dänische Schiffe Embargo zu legen.

Hamburg, 18. Febr. (Sch. M.) Den „Hamb. Nachr." wird aus Flensburg berichtet: Die Zivilkommissäre entließen den Oberpräsidenten Rosen und den Amtmann Wedel.

Schleswig, 17. Febr. (Sch. M.) Eine Bürgerdeputation ist nach Flensburg gegangen, um die Zivilkommissäre zur Wohnungnahme in Schleswig einzuladen.

Von der polnischen Grenze, 16. Febr. Die Regierung hat befohlen, daß die zu der Bernhardiner- und der Heiligen-Kreuz-Kirche in Warschau gehörigen Wohnungen von den Geistlichen, die sie inne haben, binnen 8 Tagen geräumt werden sollen, weil sie zu Staatsgefängnissen eingerichtet werden sollen. Die Geistlichen protestiren und erklären, nur der Gewalt weichen zu wollen. Die Häuser der an die Zitadelle in Warschau grenzenden Straßen sollen eingerissen und an ihrer Stelle Bastionen aufgeführt werden.

London, 18. Febr. (Sch. M.) Aus Stockholm wird offiziell berichtet: Schweden hat den Vorschlag eines Waffenstillstandes nicht unterstützt und die Zurücknahme der November-Verfassung nicht empfohlen.

Deutschland.

Frankfurt, 17. Febr. Das „Dresd. J." theilt zur unbefangenen Beurtheilung der Altonaer Vorgänge die Antwort mit, welche von den Bundeskommissären in Holstein auf das Schreiben der vereinigten Ausschüsse nach Frankfurt ergangen ist. Dieselbe lautet:

Hohe Bundesversammlung!

Nachdem uns in dem hohen Erlaß vom 22. v. M. einige nähere Instruktionen über unser Verhalten gegenüber dem Durchmarsch der k. k. österreichischen und k. preußischen Truppen durch die unserer Verwaltung untergebenen Lande ertheilt und uns darin ein Entgegenkommen zur Pflicht gemacht worden war, welches wir uns von da an selbstverständlich allezeit haben zur Richtschnur dienen lassen, sind uns seitdem von dem Präsidio der hohen Bundesversammlung mittelst Telegramms von demselben Datum, wegen Beseitigung der der Verpflegung der obgedachten Truppen entgegenstehenden Hindernisse, mittelst Telegramms vom 1. Febr. wegen Verhinderung unzeitiger Veröffentlichung von Nachrichten über Stärke, Stellung und Bewegung der nach Schleswig bestimmten Truppen in der holsteinischen Presse, sowie ferner mittelst Telegramms von Nachmittag desselben Tages, wegen Verhütung einer etwaigen Benützung der holsteinischen Post- und Telegrapheneinrichtungen zum Nachtheil der verbündeten österreichisch-preußischen Armee, Weisungen in eben derselben Richtung zugegangen, und endlich haben wir unter dem gestrigen Tage eine schriftliche Verfügung erhalten, welche uns in noch dringenderer Weise veranlaßt, den Bedürfnissen der in Schleswig operirenden alliirten Armee und der dahin nachrückenden Truppen in Bezug auf Transportmittel, Einquartierung und Förderung ihrer Verpflegung zu entsprechen, und insbesondere uns wiederholt auffordert, im Einvernehmen mit dem Oberbefehlshaber, alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche erforderlich seien, um jede Benachtheiligung zu verhindern, die denselben durch Mißbrauch der telegraphischen Kommunikationen in Holstein erwachsen könnte, und um den Bedürfnissen des Armeedienstes ganz zu genügen.

Alle diese uns zugegangenen wiederholten Weisungen wollen uns aber fast wie eine Andeutung erscheinen, als würden von uns die so wichtigen und dringenden Rücksichten versäumt, welche das Vorgehen der verbündeten Armee erheischen, und müssen wir uns daher für verpflichtet halten, über unser diesfälliges bisheriges Verhalten hoher Bundesversammlung Folgendes speziell darzulegen:

1) Allerdings bestand seit dem Herbst vorigen Jahres ein aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten erlassenes Verbot der Einfuhr von Hornvieh in das Herzogthum Holstein, welches beim Uebertritt der österreichisch-preußischen Truppen auf diesseitiges Gebiet sofort und ohne Weiteres aufzuheben für uns zunächst kein Anlaß vorlag. Nicht nur ist jedoch bereits vor Eingang des erstgedachten bezüglichen Telegramms auf das erste Ansuchen eines preußischen Armeelieferanten, als gesund ausgewiesenes und für die verbündete Armee bestimmtes Vieh über Altona einführen zu dürfen, in continenti genehmigend verfügt, sondern auch wenige Tage darauf die aus der anliegenden Nr. 12 des Gesetz- und Verordnungsblattes hochgeneigtest zu entnehmende allgemeine Bestimmung getroffen worden, daß die Einfuhr alles und jedes für die Truppen bestimmten Schlachtviehes, sofern dasselbe nur als gesund nachgewiesen wird, ohne Weiteres zu gestatten sei.

2) Sobald der Oberbefehlshaber General-Feldmarschall Frhr. v. Wrangel mittelst Schreibens vom 25. v. M. — nebenbei gesagt, der einzigen Kommunikation, die wir von seiner Seite erhalten — uns um Bestellung eines Kommissärs zu Verhandlungen über Vorspannleistungen angegangen hatte, haben wir nach vorgängiger Besprechung mit dem sich zu diesem Zweck bei uns einstellenden königl. preußischen Oberintendanten Geh. Rath Weidinger nicht nur, wie von diesem dankbar anerkannt wurde, in der fraglichen Hinsicht das Nöthige sofort, beziehentlich per Telegramm verfügt und veranlaßt, sondern auch in Bezug auf das gesammte Marsch-, Bequartierungs- und Verpflegungswesen — wie aus dem anliegenden 12. Stücke des Gesetz- und Verordnungsblattes ersichtlich — einen mit den ausgedehntesten Befugnissen ausgestatteten Beamten ernannt.

3) Ebenso haben wir in Verfolg der uns gewordenen Weisung nicht verfehlt, ungesäumt wegen Vermeidung aller Veröffentlichungen über Stärke, Stellung und Bewegung der in Schleswig operirenden Armee das Nöthige theils an die Redaktionen, theils an die Polizeibehörden zu verordnen, und wenn vielleicht trotzdem hie und da derartige Nachrichten vorzeitig ins Publikum gedrungen sind, so muß man dabei billig den Schwierigkeiten Rechnung tragen, mit welchen die strenge Durchführung dieses Verbots bei der Spannung des Publikums auf Nachrichten vom Kriegsschauplatz verbunden sein mußte.

4) Was nun aber die Telegrapheneinrichtungen in Holstein selbst anlangt, so war bereits in der Nacht vor dem Uebergang der verbündeten Armeekorps über die Eider der Telegraph von Rendsburg auf Befehl des königl. sächsischen Festungskommandanten nach Schleswig hin isolirt worden, und mußte es um so mehr auffallen, daß Seitens der königl. preußischen Telegraphenverwaltung die Telegraphenstation Rendsburg — wie hoher Bundesversammlung bereits aus dem Bericht des Oberbefehlshabers der Bundes-Exekutionstruppen bekannt — faktisch in Besitz genommen und eine gleiche Maßregel für Neumünster, Altona und Kiel beabsichtigt wurde, eine Beschlagnahme, die nur durch das energische Einschreiten des inmittelst nach Rendsburg gekommenen Generalleutnants v. Hake, wie durch die von uns an sämmtliche Telegraphenstationen erlassenen gemessenen Befehle noch rechtzeitig abgewendet werden konnte.

Als aber dann in Folge dessen am Morgen des 6. d. M. der königl. preußische Telegraphendirektor Oberstleutnant Chauvin bei uns sich einfand und, das eigenmächtige Vorgehen in Rendsburg mit einem Mißverständniß entschuldigend, um Abschließung eines Abkommens unter Ueberlassung mehrerer selbständigen Telegraphenleitungen an die preußische Telegraphenverwaltung uns anging, so wurde diesem Anlangen von uns in dem Maße entsprochen, daß in wenigen Stunden schon die in Abschrift beiliegende Vereinbarung zu Stande kam und bereits am folgenden Tage die fragliche Telegraphenverbindung in vollen Gang gesetzt werden konnte, was den genannten königl. preußischen Beamten veranlaßte, uns wiederholt seinen Dank für ein Entgegenkommen auszusprechen, welches allein die so schleunige Erledigung dieser Angelegenheit ermöglicht hatte.

5) In gleicher Weise wird aber endlich auch der k. k. österreichische Major v. Mertens, welcher, in Verfolg eines dem F.M.L. v. Gablenz diesfalls gemachten Zugeständnisses, mit Errichtung eines österreichischen Lazareths in hiesiger Stadt beauftragt worden war und mit seinen bezüglichen Anliegen an uns sich wandte, gewiß nur bezeugen können, daß er hierbei auf das bereitwilligste alle gewünschte Unterstützung gefunden, so daß auch ihm die schleunigste Erreichung seines Zweckes möglich wurde.

Aus diesem Allem wolle aber hohe Bundesversammlung geneigtest entnehmen, daß wir in allen Fällen, wo man von Seiten des Oberkommando's der verbündeten Armee unsere Vermittlung überhaupt in Anspruch genommen hat, an einem Entgegenkommen von unserer Seite es wahrlich nicht haben fehlen lassen; und wenn wir nicht in der Lage sind, dem letzten verehrten Erlasse eine unmittelbare Folge zu geben, so liegt dies einfach daran, daß das in demselben in Aussicht genommene „Einvernehmen" mit uns jenseits zur Zeit in keiner Hinsicht begehrt wird.

Setzt aber hohe Bundesversammlung, wie dies die oberwähnten wiederholten Weisungen anzudeuten scheinen, Mißtrauen in unser Verhalten und hat Hochdieselbe Anlaß, zu bezweifeln, daß wir uns in dieser wie in anderer Beziehung die uns ertheilten Instruktionen streng zur Richtschnur dienen lassen, so dürfen wir die gehorsamste Bitte uns erlauben, daß hohe Bundesversammlung uns dies frei und unumwunden eröffnen und unsere Rechtfertigung hören wolle. Andernfalls könnten wir nur wünschen, eines Auftrags möglichst bald entbunden zu werden, dessen Ausführung, wie sie von gewisser Seite her unausgesetzt die gehässigste und verdächtigendste Kritik erfahren, von Tag zu Tag schweker und völlig unmöglich wird, sobald wir nicht mehr des Vertrauens und der Unterstützung der hohen Versammlung uns versichert halten können, von welcher wir unsern Auftrag herleiten. Altona, 11. Febr. 1864.

Die Bundeskommissäre für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg.
(gez.) v. Könneritz. (gez.) Rieper.

Stuttgart, 17. Febr. (W. Staatsanz.) Der Bericht der Finanzkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse der Departements der auswärtigen Angelegenheiten und des Kriegswesens, ist heute ausgegeben worden.

Berichterstatter: Probst. Die Kommission pflog zunächst mit den betreffenden Ministerien, durch welche sie nähern Aufschluß über die jetzige Sachlage zu erlangen suchte, Verhandlungen und erhielt vom Minister des Auswärtigen folgende Erklärung: Die k. Regierung habe auf das energischste in der Bundestags-Kommission und in der Bundesversammlung dahin gewirkt, daß dem Londoner Protokoll kein Einfluß auf die Frage der Erbfolge gestattet werde; sie habe eben so energisch die Entscheidung der Erbfolge-Frage zu betreiben gesucht. Noch zuletzt habe sie den württembergischen Bundestags-Gesandten telegraphisch angewiesen, sich auf's entschiedenste für die Einberufung der holsteinischen Stände auszusprechen. Der bayrische Bundestags-Gesandte habe, vielfach durch Inzidentfragen, über welche er ebenfalls zu berichten gehabt, unterbrochen, seine ausführliche Arbeit nun zu Ende gebracht; genaue Auskunft über den Inhalt zu geben, halte sich der Minister noch nicht für berechtigt; er glaube aber so viel sagen zu dürfen, daß in dem gründlichen Berichte zunächst die Unverbindlichkeit des Londoner Protokolls für den Bund nachgewiesen, im positiven Theile von der Realunion der Herzogthümer Schleswig und Holstein ausgegangen sei, dem Bunde aber vorerst nur die Entscheidung zwischen den beiden Prätendenten über den Anspruch auf Holstein vindizirt werde; der Antrag gehe in seinem ersten und wesentlichsten Punkte dahin, der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg sei als legitimer Herzog von Holstein anzuerkennen. Jetzt sei es der Gegenstand einer raschen, bereits eingeleiteten Verständigung, zu einer schleunigen Abstimmung über den Antrag zu gelangen und die hiefür geeigneten Wege zu bestimmen. Wenn es sodann zur Abstimmung gekommen, so frage es sich, was zur Ausführung zu geschehen habe. In dieser Hinsicht sei der Minister des Auswärtigen mit sämmtlichen übrigen Ministern der Ansicht, daß die bundestreuen Regierungen die Verpflichtung anerkennen müssen, dem Herzog den Schutz seines Rechts auf Holstein nicht zu verweigern, vielmehr hierin bis zu der Grenze der vernünftigen Möglichkeit zu gehen. Würde nun das Erbfolge-Recht von der Majorität beschlossen, so liege es nicht nur im Bereich der Möglichkeit, sondern auch der Wahrscheinlichkeit, daß der Bund die Majoritätsregierungen auffordern werde, ihr Kontingent ganz oder theilweise marschfertig zur Disposition des Bundes zu stellen; eine Eventualität, welche dazu führen müsse, die Vorbereitungen schon jetzt zu treffen, deren Aufschub die Kosten verdoppeln und verdreifachen könnte. Die württembergische Regierung sei von Anfang an in der korrektesten Weise aufgetreten, sie werde auch fernerhin streng an den Forderungen des Rechts festhalten und insbesondere am Bund sich dafür aussprechen, daß dem Herzog von Holstein, wenn er von dem Bund anerkannt sei, jeder im Bundesrecht begründete und ausführbare Schutz in seinen Rechtsansprüchen gewährt werde. Näher aber sich darüber auszusprechen, welche Maßnahmen alsdann am Bund zu beschließen sein werden, sei nach der Lage der Sache nicht möglich. Uebrigens gebiete es schon die politische Klugheit, in einem Augenblick, wo der Krieg schon entbrannt sei und die andern deutschen Staaten in der Rüstung schon weiter vorgerückt seien als wir, auch uns auf alle Fälle vorzubereiten.

Der Hr. Kriegsminister sprach sich dahin aus: Der Bund werde im Fall des Bedarfes voraussichtlich eine Division des 7. und eine solche des 8. Armeekorps auffordern, da Sachsen und Hannover bereits in Anspruch genommen seien. Bayern sei seit 1859 nicht zum vollen Friedensstand zurückgekehrt und seine Division könnte sogleich marschiren. In Baden sei schon im Dezember 1863 dasselbe Ansinnen an die Stände gestellt worden, wie es jetzt in Württemberg geschehe und die Kammern haben zugestimmt; Hessen habe ebenfalls Vorbereitungen getroffen. Es würde also Württemberg allein zurückstehen, wenn nicht sofort gerüstet würde. Die alsbaldigen Anschaffungen seien aber auch vom finanziellen Standpunkt geboten, da die Preise der Materialien nach einem Mobilisirungsbeschlusse sich alsbald steigern. Der Kriegsminister fügte hinzu: die württembergische Regierung sei überzeugt, daß der Herzog Friedrich vom Bunde anerkannt werde, und alsdann müsse derselbe in seinem Rechte geschützt werden. Dieser Schutz aber werde wohl nur in einer Besetzung seines Landes bestehen können.

Sodann erörterte die Kommission die Frage, ob zur Bestreitung des außerordentlichen Aufwandes für eine erhöhte Bereitschaft unseres Truppenkorps der Regierung die erforderlichen Mittel überhaupt und in jetziger Zeit zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Kommission glaubt keinen Anstand nehmen zu dürfen, der hohen Kammer zu empfehlen, auf die Bewilligung der Mittel einzugehen.

Sie stellt den Antrag, statt der in Art. 1 angesonnenen 750,000 fl. die Summe von 680,000 fl. zu bewilligen. Der Abzug von 67,800 fl. rührt daher, daß die Kommission dermalen die Anschaffungen für ein neu zu bildendes Jägerbataillon nicht empfehlen zu können glaubt.

Gegen die Bundes-Matrikularumlage von 800,000 fl. wird eine Einwendung nicht erhoben.

München, 16. Febr. Die „Bayer. Ztg." läßt in einem offiziösen Artikel ihren Verdruß über die von vielen Seiten gegen das Verhalten des bayrischen Kabinets gerichteten Angriffe an dem „Nürnb. Korr." aus. Der positive Inhalt des Artikels der „Bayer. Ztg." ist die Versicherung, daß die bayrischen Staatslenker Männer seien, „welche gewissenhaft bemüht gewesen sind, die reinen Zwecke mit dem Maß der unverfälschten Mittel in Einklang zu setzen." Ferner: „Die bayrische Regierung wird unbeirrt in der ihr heiligen schleswig-holsteinischen Angelegenheit ihren Weg verfolgen, den Weg des Rechtes und der Ehre."

Nürnberg, 16. Febr. Heute begibt sich eine Deputation des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins nach München, um eine gestern Abend in der Vereinsversammlung beschlossene Adresse an den König persönlich zu überbringen. Die Adresse schließt mit der Bitte, die Bundesarmee in Holstein durch Entsendung bayrischer und anderer Truppen zu verstärken ꝛc.

Darmstadt, 16. Febr. (Frkf. Bl.) In der heutigen Sitzung Erster Kammer stellte Graf Solms-Laubach folgenden Antrag in der schleswig-holsteinischen Sache:

Die Kammer wolle unter dem Ausdruck ihrer freudigen Bewunderung des Heldenmuths der deutschen Truppen, durch welche mit unerwarteter Schnelligkeit der größte Theil des Herzogthums Schleswig von dem dänischen Druck befreit worden ist, die Erwartung aussprechen, die großh. Regierung werde, wie bisher, auch fernerhin dahin wirken, daß durch Regelung der Erbfolge in Schleswig-Holstein die Rechte dieser deutschen Lande und das Interesse gewahrt werden, und zu diesem Behuf darauf dringen, daß die hohe Bundesversammlung über die Erbfolge-Frage Entscheidung treffe und den Vertreter des als rechtmäßig anerkannten Herzogs von Holstein als Bundestags-Gesandten zulasse.

Der Antrag wurde an den betreffenden Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung gewiesen.

Weimar, 15. Febr. Die offiziöse „Weimar. Ztg."

untersucht die Gründe, welche im Allgemeinen für Herstellung einer Etappenstraße sprechen könnten, und findet, daß keiner davon auf Holstein Anwendung finde. Eine Etappenstraße könne immer nur nöthig sein, wenn es sich dabei um die Sicherstellung entweder gegen einen auswärtigen Feind oder die Zurückhaltung aufgeregter Volksmassen handle; in Holstein sei von Beidem nicht die Rede. Auf die „in unbestimmter Weise" vorgebrachten Anklagen der „Nordd. Allg. Ztg." in Betreff des bösen Willens der Bundesbehörden in Holstein zu sprechen kommend, bemerkt dieselbe: „So lange die konkreten Thatsachen nicht angegeben werden, welche das Fundament einer solchen Anklage bilden, müssen wir sie als eine Verdächtigung ohne jede rechtliche Begründung zurückweisen."

Dresden, 16. Febr. (Dresd. J.) In voriger Nacht ist der Generaladjutant Sr. Maj. des Königs von Preußen, Generalleutnant Frhr. v. Manteuffel, von Berlin hier eingetroffen. Derselbe wurde heute Vormittag von Sr. Maj. dem König empfangen, und begab sich sodann zu dem Staatsminister v. Beust, mit dem er längere Zeit konferirte. Heute Nachmittag ist Hr. Generalleutnant v. Manteuffel zur königl. Tafel gezogen. Der Staatsminister Frhr. v. Beust begibt sich heute Abend nach Würzburg.

Kiel, 15. Febr. Zur Armirung von Friedrichsort ist der erste Transport 84-Pfünder-Geschütze mit Mannschaft heute Morgen abgegangen.

Flensburg, 15. Febr. (Köln. Ztg.) Noch immer keine neuen Kriegsereignisse. Die Truppen sind in nächster Nähe der Düppeler Schanzen konzentrirt, enorme Vorräthe von Geschütz und Munition sind herbeigeschafft worden, und da das Wetter sich geändert hat, stände einem Angriff nichts entgegen, wenn nur die Schanzen weniger formidabel wären und wenn die Dänen nicht über ein Etwas verfügten, das uns abgeht, ich meine die Flotte, welche im Wenningbund liegt. Unter Wenningbund versteht man den Meerbusen, welcher südlich von Sonderburg scharf in das Sundewitt einschneidet und die Düppeler Schanzen im Süden gegen einen Angriff von der Landseite schützt. Hier liegen die feindlichen Schiffe, durch das hohe Ufer des Festlandes geschützt, den deutschen Kanonen unerreichbar, aber vollkommen im Stande, durch schwere Schiffsbomben die Verbündeten zu belästigen, wenn sie sich den Schanzen nähern. Aus diesem Grunde ist ein Plan beschlossen worden, den ich Ihnen im Interesse der Verbündeten nicht mitzutheilen wage, der aber von der größten Tragweite werden kann, wenn er den Dänen verschwiegen bleibt. Um keine Vorsicht zu vermeiden, werden daher jetzt schon verdächtige Subjekte eingefangen, und wir sahen gestern den Pastor Mörk-Hansen aus Feldsted, Mitglied der schleswig'schen Ständeversammlung, und den fast eben so gefährlichen Pastor Schleppegrell aus Broacker mit Stricken gebunden durch Flensburg führen. Erst wenn das Spionirsystem unterdrückt sein wird, kann daran gedacht werden, Das auszuführen, was beabsichtigt wird; wie groß aber die Kühnheit der Spione war, und welche Mühe sie sich geben, mit den Dänen auf Alsen im Rapport zu bleiben, geht daraus hervor, daß sie von hier nach Hamburg ihre Verbindungen unterhielten, und von dort über Stockholm und Kopenhagen telegraphiren ließen. Sie werden aus anderen Quellen wahrscheinlich erfahren, daß von den Verbündeten Schanzen aufgeworfen werden sollen, und daß man eine förmliche Belagerung Düppel's beabsichtigt.

Gravenstein, 13. Febr., Abends. (Köln. Ztg.) So eben kehre ich aus den äußersten preußischen Vorposten, die eine halbe Stunde von den dänischen entfernt stehen, zurück. Den äußersten rechten Flügel bis zum Flensburger Fjord hält das 64. Regiment, hieran schließt sich das 24. Regiment von Atzbüll bis in die Nähe von Ulderup; den linken Flügel bildet das 1. Bataillon des 60. Regiments von Ulderup nordwestlich nach Apenrade hin; den äußersten linken Flügel der ganzen Aufstellung haben die Oesterreicher. Das Hauptquartier des 3. Armeekorps, Prinz Friedrich Karl, ist im Schlosse von Gravenstein. Die rekognoszirenden Truppen sind heute auf keine Dänen gestoßen; dagegen hat man gestern bei einer Rekognoszirung 10 bis 12 Dänen gefangen genommen. Ein preußischer Ulan wurde hierbei durch einen Schuß aus einem Bauernhause, welches die Dänen besetzt hatten, erschossen. Man erwartet in aller Kürze, sobald die ganzen österreichisch-preußischen Truppen ihre Aufstellung genommen haben, einen Angriff auf Düppel. Ueber die Stärke der Befestigungen bei Düppel ist eine bestimmte Angabe nicht zu machen. Wie es heißt, sind das 64., 24. und 60. Regiment zum ersten Angriff bestimmt. Sämmtliche Truppen sind trotz der fast übermenschlichen Anstrengungen der letzten Tage vom besten Geiste beseelt; die Verpflegung ist exakt und gut, wenn auch die Quartiere durch die große Anhäufung von Truppen auf einer so kleinen Linie mancherlei zu wünschen übrig lassen.

Berlin, 16. Febr. Nach der „Kass. Ztg." hätte das preußische Kabinet in einer Zirkulardepesche sich angelegen sein lassen, den Zwischenfall in Holstein auf ein Mißverständniß zurückzuführen und alle Bedenken gegen die getroffenen Maßregeln, deren Nothwendigkeit vom militärischen Gesichtspunkt behauptet wird, als auf einem unbegründeten Mißtrauen beruhend darzustellen.

Ueber Verlauf und Ergebniß der Kieler Mission wird der „Ztg. f. Norddeutschl." u. A. geschrieben:

Hr. v. Bismarck empfing die Professoren Behn und Forchhammer mit dem ihm eigenthümlichen Feuerwerk von Gedankenblitzen. Es gebe verschiedene Lösungen der Frage: man könne die Herzogthümer, eines oder beide je nachdem, für sich behalten, das sei schließlich zu überlegen, wiewohl es einen schweren Krieg mit dem Auslande zur Folge haben könne. Man könne auch an eine Trennung unter den Augustenburgern denken; aber das sei die unvortheilhafteste Lösung; einen neuen Staat zu bilden unter einem so unbedeutenden Fürsten, wie der Augustenburger, sei weder für Preußen noch für die Herzogthümer vortheilhaft. Als die vortheilhafteste und mit den wenigsten Schwierigkeiten verbundene Lösung stelle sich schließlich immer noch die Personalunion dar; und nun ergoß der Minister sich in einen Ideenstrom über die Vortheile, die diese Lösung darbiete, und über die Garantien, die man sich für deren Aufrechterhaltung versprechen könne und müsse, daß die Kieler Herren zwar nicht überzeugt wurden, aber doch den Eindruck mit hinwegnahmen, daß die Personalunion das Höchste sei, was die militärische Aktion der deutschen Großmächte für die Herzogthümer einbringen würde.

Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: Nach amtlichen Berichten haben die dänischen Kriegsschiffe Befehl erhalten, die Schiffe sämmtlicher deutschen Bundesstaaten aufzubringen. Hierdurch sind die Gerüchte widerlegt, nach welchen Dänemark beschlossen haben sollte, die Schiffe einiger Staaten von der angegebenen Maßregel auszunehmen.

Berlin, 17. Febr. Die Antwort Sr. Maj. des Königs auf die von den HH. Professoren Behm und Forchhammer überreichte Adresse, betreffend die schleswig-holsteinische Frage, lautet:

Es ist Mir erfreulich, in Ihnen die Vertreter der Universität Kiel zu begrüßen, welche durch erfolgreiche Pflege deutscher Wissenschaft und deutscher Gesinnung eine so ausgezeichnete Stellung einnimmt. Ihre Sendung ist ein Beweis des Vertrauens, daß Mir die Wahrung der Rechte und Interessen der beiden Herzogthümer, welche in der Universität ihren geistigen Mittelpunkt finden, am Herzen liege. Dieses Vertrauen soll nicht getäuscht werden. Die letzten Tage in Schleswig haben Ihnen von meiner warmen Theilnahme den thatsächlichen Beweis gegeben, und Sie dürfen Meines festen Willens versichert sein, die Rechte der Herzogthümer und ihrer Bewohner fortan gegen jede Bedrückung durch einen fremden Volksstamm zu schützen. Mein eifriges Bestreben ist darauf gerichtet, die Rechte beider Herzogthümer und die alte Verbindung derselben unter einander, welche so würdig durch die gemeinsame Universität repräsentirt wird, durch dauernde Bürgschaft sicher zu stellen. Ueber die dynastische Frage, welche in dem Mir überreichten Schreiben berührt wird, kann Ich, wie Sie selbst erkennen werden, Mich nicht aussprechen, so lange sie Gegenstand schwebender Verhandlungen ist. Für Schleswig wird die Entscheidung nicht ohne die Theilnahme der europäischen Mächte erfolgen können. Bei den Konferenzen, welche voraussichtlich darüber zusammentreten werden, wird die Rücksicht auf begründete Rechte und internationale Verpflichtungen mit der Sorge für das Wohl und Interesse der Herzogthümer Hand in Hand gehen. Ich bitte Sie, der Universität den Ausdruck Meiner Theilnahme und Hochachtung zu überbringen und für Mich in Ihrem Kreise für die Beruhigung der Gemüther und die Bewahrung eines herzlichen Vertrauens zu wirken.

Berlin, 17. Febr. (W.T.-B.) Der „Staatsanz." berichtet nach einer Meldung aus Wrangel's Hauptquartier Flensburg, 16. Febr., daß bei der Armee nichts Neues vorgefallen ist. Nach den Aussagen gefangener Dänen stehen die erste, die zweite und ein Theil der dritten dänischen Division auf der Insel Alsen, sechs Bataillone in den Düppeler Schanzen. Zwei dänische Bataillone sollen in Fridericia sein, zwei Regimenter dahin eingeschifft werden. Die preußische Gardedivision konzentrirt sich am 17. bei Christiansfeld, die Oesterreicher rücken gegen Hadersleben, Zegerup, Marstrup vor. Das preußische Armeekorps setzt die Operationen gegen die Düppeler Schanzen fort. Das Hauptquartier des Oberkommando's ist heute in Christiansfeld (nahe bei der jütischen Grenze). — Der „Staatsanz." dementirt das Gerücht von einem Verkauf der Ostbahn.

◇ **Berlin,** 17. Febr. Die vorgestern ergangene königl. Ordre, welche die Mobilmachung der gesammten Infanterie des 6. Armeekorps (Breslau), sowie des zu diesem Korps gehörigen 6. Jägerbataillons (Freiburg) und der 6. Fußabtheilung der 6. Artilleriebrigade (Schweidnitz) betrifft, ordnet die kriegsmäßige Augmentirung der Kavallerie des 6. Armeekorps nicht an. Wie bei den übrigen mobilen Korps bleiben die zum Ausmarsch bestimmten Kavallerieregimenter in ihrer jetzigen Stärke. Die Nachrichten von Mobilmachungsbefehlen für Truppen des 4. (Magdeburg) oder des 5. Armeekorps (Posen) finden keine Bestätigung. Dagegen ist die Ordre ertheilt worden, vom 2. Armeekorps (Stab Stettin), das 3. pommer'sche Infanterieregiment Nr. 14 (Bromberg), das 5. pommer'sche Infanterieregiment Nr. 42 (Stralsund), das 7. pommer'sche Infanterieregiment Nr. 54 (Colberg) und das pommer'sche Jägerbataillon Nr. 21 (Greifswald) mobil zu machen. Diese Truppen des 2. Armeekorps sind vorzugsweise zur Küstenvertheidigung bestimmt. Von den übrigen, in Mobilitätsstand zu versetzenden Truppenkörpern soll ein Theil dazu ausersehen sein, die Operationsarmee in Schleswig zu verstärken, wenn Dänemarks Verhalten die Nöthigung mit sich bringen sollte, den von ihm provozirten Krieg auch auf Jütland auszudehnen. Einstweilen dürften mehrere Regimenter des 6. Armeekorps an der holsteinischen Grenze eine Reservestellung einnehmen, während der größte Theil dieses Korps zur Bereitschaft für die weitern Ereignisse in der Lausitz konzentrirt würde. Doch sollen in Betreff des letztern Punktes noch keine feste Bestimmungen getroffen sein.

Die österreichischen Militärs, welche einen Theil der in Schleswig eroberten Kanonen nach Berlin und Wien begleitet haben, sind von Sr. Maj. dem König sämmtlich mit dem Militär-Ehrenzeichen dekorirt worden. Alle diese Mannschaften erschienen hier mit der goldenen oder der silbernen Tapferkeitsmedaille, welche ihnen von dem Kaiser Franz Joseph für Auszeichnung auf dem Schlachtfeld verliehen war. — Auf dem Marsch von Frankfurt a. d. O. nach Hamburg passirte am Montag Abend ein Kommando von 2 Offizieren und 100 Mann mit 190 Pferden für die mobile 10. Infanteriebrigade mittelst Extrazuges durch Berlin. Gestern Nachmittag besichtigte der König auf dem Hofe seines Palais die nach Schleswig hier durchpassirenden Ersatzmannschaften für das österreichische Infanterieregiment „König von Preußen" und für das kaiserliche 22. Jägerbataillon. — Bei dem Komitee, welches sich hier zu dem Zweck gebildet hat, die auf der Heimkehr von Schleswig kommenden österreichischen Verwundeten während ihrer zweitägigen Erholungsrast in Berlin bestens zu verpflegen, waren bis heute Mittag schon 130 Anmeldungen zur Aufnahme von Verwundeten eingegangen. Auch die von diesem Komitee veranstaltete Sammlung von Erfrischungen und von Lazarethbedürfnissen für die österreichischen Krieger nimmt den besten Fortgang. — Heute Nachmittag traf hier auf der Hamburger Eisenbahn ein Transport von 160 verwundeten und kranken preußischen Soldaten ein. Dieselben wurden in die Lazarethe nach Potsdam und Frankfurt a. d. O. gebracht.

Der k. Generaladjutant, Generalleutnant v. Manteuffel, welcher sich am Montag Abend in außerordentlicher Mission an den k. sächsischen Hof nach Dresden begeben hat, wird wahrscheinlich morgen hieher zurückkehren. Seine Mission betrifft die Ausgleichung der mit den Bundeskommissären in Holstein entstandenen Differenzen.

Stralsund, 12. Febr. (Schles. Z.) Gestern ist die erste Division der Dampf-Kanonenboote in Dienst gestellt und Flagge und Wimpel unter freudigem Jubel der Mannschaften gehißt worden. Die Division besteht aus dem Dampf-Kanonenboot 1. Klasse „Komet", und denen 2. Klasse „Hai", „Hyäne", „Pfeil", „Skorpion" und „Wespe". Der „Komet" hat 3 Geschütze, die anderen 5 Boote je 2 Geschütze, und zwar je einen gezogenen 24-Pfünder und ein 68pfündiges Bombengeschütz. Führer der Division ist der Leutnant zur See 1. Klasse Kinderling. Dieser Tage wird auch die dritte und dann die zweite Division in Dienst kommen, zuletzt geschieht solches auch bei der vierten und fünften (Ruderboot-) Division.

Stralsund, 14. Febr. (Ostſ.-Z.) Heute erhielten wir per Telegramm von Rügen die Nachricht, daß fünf dänische Kriegsschiffe an der Nordküste der Insel liegen. Die Wachen sind in Folge davon verdoppelt, die Zugbrücken werden zum Aufziehen fertig gemacht, die Besatzung auf Rügen wird vermehrt. Vier dänische Schiffe, von Stralsund und Greifswald mit Weizen beladen, welche bei Tiessow eingewintert waren, sind mit Embargo belegt.

Danzig, 14. Febr. (D. D.) Einem Gerücht zufolge, welches hier vielfach geglaubt wird, sollen die aus dem Mittelmeer zurückgekehrten Kriegsschiffe „Adler", „Blitz" und „Basilisk" auf der Fahrt von dem französischen Kriegshafen Brest nach Cherbourg mit einer auf der Lauer liegenden Fregatte ein Gefecht gehabt und letztere zur Flucht genöthigt haben.

* **Wien,** 16. Febr. Die „Generalkorr." schreibt:

Laut offiziellen Mittheilungen vom Kriegsschauplatz befinden sich in den verschiedenen Spitälern 720, darunter eine große Anzahl schwer Verwundete, nachdem die vielen leicht Verwundeten, insbesondere Offiziere, aus Ambition bei ihren Abtheilungen entweder verblieben oder zu denselben bald wieder einrückten. Die nominativen Verlusteingaben, deren Vorlage mit einiger Bestimmtheit in Folge der Marschbewegungen und der zerstreuten Dislokation der Truppen noch nicht stattfinden konnte, werden, sobald sie eintreffen, sogleich veröffentlicht werden. In Schleswig ist vollständiges Thauwetter, der viele Schnee beinahe verschwunden.

Wien, 16. Febr. Die hiesigen Abendblätter melden die gestern erfolgte Verhaftung des galizischen Reichstags-Abgeordneten v. Rogawski. [Derselbe war bekanntlich auf Beschluß des Abgeordnetenhauses freigelassen worden. Seine Wiederverhaftung erfolgte also unmittelbar nach dem Schluß der Session des Reichstags.]

Frankreich.

♁ **Paris,** 17. Febr. Man versichert auf's bestimmteste, Frankreich werde sich auch ferner jeder „unzeitigen" Einmischung in die deutsch-dänische Angelegenheit enthalten und (wie es auf die „mündliche Eröffnung" des englischen Kabinets erwiederte) jeden auf Waffenstillstands-Konferenzen oder sonstige Arrangements bezüglichen Schritt der Initiative der näher betheiligten Mächte überlassen. Was die Behauptung Palmerston's im Parlament betrifft, daß die Waffenstillstands-Vorschläge von England gleichzeitig auch von Frankreich gestellt wurden, so soll diese Behauptung dem edlen Lord von hier aus die Qualifikation „insigne menteur" zugezogen haben. Uebrigens hat Hr. Drouyn de Lhuys, wie die „Patrie" berichtet, vor einigen Tagen ein Rundschreiben in Betreff des dänisch-deutschen Konflikts an die französischen Agenten im Auslande gerichtet. Dasselbe athmet nach der „Patrie" große Mäßigung und Zurückhaltung, sagt aber doch genug, um anzudeuten, daß das spätere Verhalten Frankreichs von der Interpretation abhänge, welche Oesterreich und Preußen ihrer Kollektiverklärung vom 31. Januar bezüglich des Vertrags von 1852 geben werden.

Der „Moniteur" bringt heute Nachrichten aus Mexiko, wonach die dortigen Zustände nichts zu wünschen übrig ließen. „Das Land athmet wieder, die Fremden proklamiren laut die Wohlthaten der Intervention, Ordnung, Gerechtigkeit, Treu' und Glaube kehren wieder, man spürt, daß eine neue Aera beginnt." Leider stimmen andere, aus Mexiko eingetroffene Nachrichten hiemit nicht überein. Dieselben lauten vielmehr sehr ungünstig. Die klerikale Partei in Mexiko, für welche die Expedition unternommen wurde, oder die richtiger gesagt, zu dieser Expedition ihren Namen hergab, ist, seit dem famosen Dekret des Generals Bazaine der französischen Intervention ganz und gar feindlich geworden. Die Berichte des Generals in dieser Hinsicht lauten so besorgnißerregend, daß ihm von hier aus Weisung zuging, dieser Sachlage, die alles Geschehene wieder umzustürzen drohe, um jeden Preis ein Ende zu machen. Im Fall der Widerstand des Msgr. La Bastida fortdauere, wird General Bazaine angewiesen, sich des Erzbischofs von Mexiko zu bemächtigen und ihn nach Guadeloupe zu bringen; sodann ohne weiteres zum Verkauf der Kirchengüter zu schreiten. Ein Beweis aber, wie weit der antifranzösische Einfluß der klerikalen Partei bereits vorschritt, liegt darin, daß Hrn. v. Costa eine Depesche nachgeschickt wurde des Inhalts, alle in Mexiko befindlichen französischen Beamten zurückzuschicken, da man sie unverweilt durch andere ersetzen wolle, „noch unverdorben durch den Einfluß der erzbischöflichen Partei". Die „France" meldet heute, daß die letzten Aktenstücke bezüglich des Votums der mexikanischen Munizipalitäten mit dem englischen Dampfboot am 1. März in Southampton eintreffen und in den ersten Tagen des nächsten Monats offiziell dem Erzherzog

übergeben werden sollen. Selbst in maßgebenden Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß der Erzherzog unter den eben geschilderten Verhältnissen vorerst nicht nach Mexiko gehen könne.

Die Turiner Regierung hat in Frankreich neuerdings starke Bestellungen von Gewehren, Geschützen und Kriegsmaterial aller Art gemacht; in Genua und Alessandria werden größere Befestigungsarbeiten ausgeführt. — Gestern wurde eine Statue des Prinzen Jerôme nach dem Invalidenhotel gebracht. — Baron v. Rothschild ist von seinem Fall auf der Treppe des Bankhotels wieder so weit hergestellt, daß er heute, freilich noch hinkend, seine Bureaus wieder besuchen konnte. Die Hausse dauerte bei Beginn der heutigen Börse fort. Cred. Mob. wurde bis auf 1085 getrieben. Gegen den Schluß wich derselbe auf 1070 zurück. Rente bleibt 66.70 nach 66.87. Ital. Anl. 68.10 nach 68.35. Der Metallvorrath der französischen Bank ist auf 172 Millionen gefallen.

Dänemark.

Aus **Kopenhagen,** 12. Febr., wird gemeldet, daß das gesammte dänische Geschwader vor der Insel Alsen eingetroffen sei. Bei dessen Abfahrt von Kopenhagen begab sich der Marineminister Lütken an Bord der Fregatte Niels Juel, deren Kommandant er früher gewesen, und erklärte den dort versammelten Schiffsoffizieren, daß sie dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen würden, wenn sie die Preußen angreifen würden, die mit einer Flottille von Transportschiffen einen Angriff auf die Insel Alsen beabsichtigen. — General de Meza hat an die Regierung den Bericht über die militärischen Operationen in Schleswig bis zu dem Augenblick, wo er das Kommando niederlegte, gerichtet. Es heißt in diesem Bericht, der veröffentlicht werden soll, daß er Befehl gegeben habe, die Dannewirke am Vorabend des Tages zu räumen, an welchem die Preußen ihre Umgehungsbewegung ausführten, weil er nicht Truppen genug hatte, um den Uebergang über die Schlei zu vertheidigen, die an drei Punkten überschritten werden konnte. Der General fügte bei, daß die Ereignisse ihm Recht gegeben, indem die dänische Armee, wenn sie nicht 14 Stunden Vorsprung hatte, von dem preußischen Korps, welches bei Arnis über die Schlei gegangen war, in den Rücken genommen worden wäre. — Die vordem im Dannewerk bei den Batterien verwendeten dänischen Seesoldaten werden nun bei den Batterien in den Düppeler Schanzen und auf der Insel Alsen verwendet. — Eine Depesche des jetzigen Höchstkommandirenden der gesammten dänischen Armee, Generalleutnants v. Lüttichau (derselbe war früher einmal Kriegsminister), spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es der Armee auf der Insel Alsen gelingen werde, sowohl die Düppeler Schanzen, als namentlich den Alsener Sund vor feindlichen Angriffen zu sichern.

Großbritannien.

* **London,** 16. Febr. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erhob sich Lord Stratheden und Campbell, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Verträge zu lenken, durch welche England im vorigen Jahrhundert der dänischen Krone den Besitz Schleswigs [angeblich] garantirt habe.

Diese Verträge —, bemerkt er — datiren, wenn mich mein Gedächtniß nicht trügt, von 1715, 1720 und 1726; und im Lauf einer Debatte, die 1848 im Haus der Gemeinen stattfand, gaben Disraeli und Lord Palmerston die Giltigkeit der Garantie zu. Wenn nun die Garantie verwirkt wäre, müßte es durch den Bruch der von Dänemark im Jahr 1851 und 1852 Deutschland gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten geschehen sein. Aber es ist nicht leicht zu erkennen, wieso die Garantie durch jene angeblichen Verbindlichkeiten affizirt werden konnte. Um die Verwirkung nachzuweisen, müßte man die Begründung der deutschen Beschwerde, die sich auf jene Verbindlichkeiten bezieht, unumstößlich feststellen; aber kein Mitglied des Hause würde, wie groß auch seine Vorliebe für Deutschland sein möge, läugnen wollen, daß die Gründe beider Theile mindestens sich die Wage halten und daß für Dänemark eben so viel sich sagen läßt, wie für Deutschland. Wenn die Garantie in Kraft geblieben ist, so fragt sich nur noch — wie kann sie erfüllt werden? Ich denke nicht, daß sie dadurch zur Ausführung kommt, daß wir einen Waffenstillstand erwirken.... Es sind verschiedene Ausgleichungen in Vorschlag gebracht worden, aber alle sind mit der Dänemark gegegebenen Garantie unvereinbar. Die Theilung Schleswigs zwischen Deutschland und Dänemark wäre eine eben so große Verletzung der Garantie, wie wenn man Kiel für einen deutschen Hafen oder Rendsburg für eine Bundesfestung erklären ließe. Da von der Heilighaltung der Garantie nicht nur das europäische Gleichgewicht, sondern auch die Ehre der brittischen Krone und Regierung und die Heiligkeit der Verträge abhängen, so vertraue ich, daß Ihrer Majestät Regierung durch die zu ergreifenden Maßregeln zeigen wird, wie sehr England der gegen Dänemark eingegangenen Verbindlichkeiten eingedenk ist.

Earl Russell: Mein edler Freund hat vollkommen Recht, diese Frage vorzubringen, und ohne Zweifel wird Ihrer Maj. Regierung sie bei etwaigen Unterhandlungen, zu denen es kommen dürfte, nicht aus den Augen verlieren können. Aber ich gestehe, daß ich es nicht für wünschenswerth halten kann, jetzt, wo über die zwischen England und Dänemark bestehenden Verbindlichkeiten keine Frage des Augenblicks vorliegt, eine Diskussion darüber zu veranstalten. (Hört!) Ich denke, es wäre von jedem englischen Ministerium eine Unbesonnenheit, über diese Fragen ohne gründliche Prüfung eine bestimmte Meinung abzugeben. Eine solche Untersuchung ist von Ihrer Maj. Regierung begonnen worden. Die Sache wurde bereits berathen und erörtert; aber wir sind über die verschiedenen Punkte noch nicht zu einem solchen Schluß gelangt, daß ich in diesem Augenblick schon sagen könnte, wofür die Regierung sich endgiltig entschieden hat. Eines jedoch ist vollkommen klar: auf jede Transaktion, die wir über den Gegenstand mit fremden Mächten abschließen, wird die Erwägung des Vertrags von 1720 Einfluß üben müssen.

Was nun die Vorgänge von 1848 betrifft, so ist es bemerkenswerth — ebenso wie es der damaligen Regierung zum Lobe gereicht —, daß sie nicht sofort der preußischen Regierung erklärt hat, England sei bereit, die Garantie mit Waffengewalt auszuführen, falls die preußische Regierung derselben im geringsten zuwiderhandeln sollte. Im Gegentheil, der preußische Gesandte sagte, daß die Garantie nicht in Frage komme, da Preußen keine Absicht habe, dieselbe zu verletzen. Später wandte man sich an Lord Palmerston, und er sagte: „Großbritannien hat jetzt das Amt eines Vermittlers übernommen; es wäre mit der Vermittlerrolle unvereinbar, die Sache des einen Theils gegen den andern zu verfechten, und deßhalb werde ich in diesem Augenblick auf die Garantiefrage nicht eingehen."

Wenn wir die heutige Lage der Dinge betrachten, so finden wir, daß sie nicht nur äußerst verwickelt, sondern augenfällig sehr verschieden ist in Bezug auf einige der deutschen Mächte, und in Bezug auf Oesterreich und Preußen, die jetzt den Krieg wegen der Herzogthümer führen. Einige der deutschen Staaten, voran Bayern, haben ohne Bedenken erklärt, daß sie den Prinzen von Augustenburg zur Anerkennung als Herzog von Holstein und auch von Schleswig berechtigt glauben; und es würde daraus folgen, daß sie den Versuch machen möchten, ihn in den Besitz des Herzogthums Schleswig zu setzen. Wenn solch' ein Versuch stattfände, dann würde der Fall eintreten, daß England zu erklären hätte, ob es sich durch den Vertrag von 1720 gebunden erachte oder nicht; und im erstern Fall wäre es verpflichtet, der dänischen Krone im Herzogthum Schleswig zu Hilfe zu kommen. Aber die Stellung Oesterreichs und Preußens ist eine sehr verschiedene. Die Mittheilungen, die wir von Oesterreich und Preußen in der Depesche vom 31. Jan. erhalten und Ihnen vorgelegt haben, fassen eine Zerstückelung Dänemarks durchaus nicht als Eventualität in's Auge. (!) Im Gegentheil, Oesterreich und Preußen sagen, daß sie, indem sie nach Schleswig ziehen, das Prinzip der Integrität Dänemarks aufrecht halten (!), und daß gerade der Zweck ihres Einrückens ist, den König von Dänemark zur Erfüllung der Verbindlichkeiten zu vermögen, die er als Herzog von Holstein und in keiner andern Eigenschaft übernommen hat. Wäre er nicht der Herzog von Schleswig, so hätten sie kein Recht, von ihm zu verlangen, daß er die Versprechungen seines Vorgängers erfülle.

Nun, ich muß sagen, bei dieser Lage der Dinge — die höchst verwickelt und schwierig ist — da der Krieg noch wüthet, die Mächte aber erklären, daß sie nach Schleswig gehen, um es als materielle Garantie zu nehmen, halte ich es für höchst wünschenswerth, daß man sich bestrebe, lieber alle diese Fragen durch friedliche Mittel beizulegen, als irgend einen Schritt zu thun, der einer auf die erwähnte Garantie gegründeten Drohung gleichkäme. Oesterreich und Preußen sind sich bewußt — alle Hauptmächte Europa's müssen sich bewußt sein —, daß das Herzogthum Scheswig und das Herzogthum Holstein nicht auf eine andere Macht als den König von Dänemark übertragen werden können, ohne daß vorher ein allgemeines Einvernehmen und eine allgemeine Erwägung der ganzen Frage zwischen den europäischen Mächten stattfindet. Auch dieses ist in der erwähnten Depesche vom 31. Jan. enthalten.

Ich gebe gern zu, daß Ihrer Majestät Regierung bestrebt sein muß, über die bindende Kraft des Garantievertrages von 1720 sich klar zu werden und mit sich ins Reine zu kommen. Doch muß ich es für wünschenswerth halten, daß um des europäischen Friedens willen Alles geschehe, was durch Konferenzen und Korrespondenzen geschehen kann, ehe irgend eine Aktion stattfindet, die sehr bald zu einer feindseligen Haltung zwischen einigen der Großmächte führen könnte. Mein edler Freund weiß vollkommen wohl, daß Frankreich der dänischen Krone i. J. 1727 eine ähnliche Garantie für das Herzogthum Schleswig gegeben hat. Er weiß auch, daß in den Jahren 1767 und 1773 Rußland und Dänemark in Korrespondenz getreten sind und zuletzt auf derselben Basis einen Friedensvertrag geschlossen haben. Ist es nicht wünschenswerth zu wissen, wie Frankreich und wie Rußland über die Wirkung dieser Verbindlichkeiten denkt? In diesem Augenblick muß ich es ablehnen, eine bestimmte Meinung über diesen Punkt abzugeben. (Hört!)

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 18. Febr. 11. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; der Präsident des Finanzministeriums, Staatsrath Dr. Vogelmann; Geh. Referendär Cron; Finanzrath Eisenlohr.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Israelitengemeinden des Seekreises, Gailingen, Randegg, Worblingen, Wangen und Thiengen, den Staatsvertrag zwischen Baden und der Schweiz über die Regelung der Niederlassungsverhältnisse, insbesondere die Zurücksetzung der israelitischen Bevölkerung des Großherzogthums betr.; übergeben vom Abg. Haager.

2) Bitte der Gemeinden Ringsheim und Rust um Errichtung eines Haltpunktes der Eisenbahn beim Orte Ringsheim; übergeben vom Abg. Gschrey.

Die Abgg. Frick und Moll zeigen fertige Berichte an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Buhl erstatteten Berichts über die Rechnungsnachweisungen des großh. Ministeriums des Innern für 1860/61, und zwar Tit. XIII. bis XVI., Milde Fonds und Armenanstalten, Heil- und Pflegeanstalt zu Pforzheim, Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Polizeiliche Verwahrungsanstalt.

Abg. Lenz wünscht statt Verlegung der Siechenanstalt Ausbau der jetzigen Räumlichkeiten. Staatsrath Vogelmann verweist in dieser Beziehung auf das neue Budget.

Sämmtliche Einnahmen und Ausgaben werden nach den Kommissionsanträgen für unbeanstandet erklärt.

Die Tagesordnung führt weiter zur Berathung des vom Abg. Lenz erstatteten Berichts über die Rechnungsnachweisungen des großh. Finanzministeriums 1860/61, Tit. IV., Zollverwaltung.

Bezüglich des Rheinoctroi hat sich ein Minderertrag von 54,543 fl. 6 kr. ergeben. Der Kommissionsbericht bemerkt darüber:

„Der erwähnte Minderertrag des Rheinoctroi hat seinen Entstehungsgrund einmal darin, daß in Folge von Entstehen von Eisenbahnen längs oder in Konkurrenz mit der Rheinfahrt letztere bedeutend abgenommen hat, und dann in der bedeutenden Ermäßigung der Rheinzölle, welche im März 1861 in Kraft getreten ist.

Das Opfer, welches die großherzogl. Regierung durch Rückerstattung der preußischen Rheinzölle bringt, ist ein laut sprechendes Zeugniß für das Interesse, welches dieselbe an der Rheinschifffahrt nimmt. Es ist uns bekannt, welche Bemühungen badischer Seits seit längerer Zeit und bei jeder sich darbietenden Gelegenheit in das Werk gesetzt sind, um Abschaffung oder Ermäßigung der Rheinzölle zu erlangen. Wir sind überzeugt, daß die großherzogl. Regierung auch in der Folge ihre Bemühungen für Abschaffung der Rheinzölle fortsetzen und jede Gelegenheit ergreifen wird, um das Ziel, „Freimachung des Rheins von drückenden Abgaben", zu erreichen."

Abg. Moll stellt an die großherzogl. Regierung die ausdrückliche Bitte, ihre Bemühungen für die Befreiung der Rheinschifffahrt fortsetzen zu wollen, worauf Staatsrath Vogelmann die Versicherung gibt, daß die großherzogl. Regierung in dieser Beziehung, wie bisher, Alles thun werde, was in ihren Kräften stehe.

Bei der Pos. „Zoll-Rückvergütungen" spricht Abg. Moll der Regierung seinen Dank aus für die Beförderung der Einfuhr von Maschinen, die im Zollverein noch nicht existiren, durch Zollrückvergütung, und wünscht, daß die Regierung in dieser Beziehung möglichst weit gehe.

Staatsrath Vogelmann: Diese Rückvergütung hat ihre Grenze in der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Wenn wir bezüglich der Rückvergütung so weit wie unsere Nachbarstaaten gehen, dann haben wir gethan, was uns zu thun möglich ist.

Die Einnahmen und Ausgaben werden hierauf ohne weitere Diskussion nach den Kommissionsanträgen für unbeanstandet erklärt.

Der Präsident theilt mit, daß in die Kommission für den Gesetzentwurf über Gerichtsbarkeit und Verfahren in Polizeistrafsachen gewählt worden seien die Abgg. Meyr, Haager, Achenbach, v. Feder, Fingado.

Die Kommission für das Notariatsgesetz wird hierauf auf Veranlassung des Abg. Bebaghel um zwei Mitglieder verstärkt und dazu gewählt die Abgg. Fröhlich mit 48, Gerbel mit 38 Stimmen. Schluß der Sitzung.

†† Karlsruhe, 18. Febr. 12. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 20. Febr., Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen des großh. Finanzministeriums für 1860 und 1861 (Tit. IV Steuer-, und Tit. V Salinenverwaltung), erstattet von dem Abg. Muth. 3) Berathung des Berichts des Abg. Frick über den Gesetzentwurf, die Nichtentlassung der Exkapitulanten der Zugangsklasse 1858 betr.

Vermischte Nachrichten.

— Aus einem Briefe aus Oldenburg im holsteinischen Wester-Brok, zwei Meilen von der Insel Fehmarn, theilt die „Elberfeld. Ztg." Folgendes mit: „Gestern, 11. Febr., erschienen hier zwei Soldaten aus der dänischen Armee, geborne Fehmaraner, die bei Flensburg (eigentlich wohl Oeversee) in dem blutigen Gefechte von den Oesterreichern gefangen genommen und entlassen waren. Sie erzählen, in ihrem Bataillon seien 65 Schleswiger gewesen, die sich das Wort gegeben, nicht auf ihre deutschen Brüder zu schießen. So haben sie mehrere Mal im Kugelregen gestanden und keinen Schuß gethan. In Flensburg auf dem Sudermarkte sind sie aufgestellt, und siehe da, alle 65 sind da, keiner fehlt. Da entläßt sie General Gablenz mit den Worten in ihre Heimath: „Euren Handschlag verlange ich nicht, denn ich kenne Euren Herzschlag." So erzählten die beiden Leute selbst."

Nachschrift.

Telegramme.

△ **Hannover,** 18. Febr. Eröffnung des Landtags. Es heißt in der von dem Kriegsminister verlesenen Eröffnungsrede: Der König habe seine Bereitwilligkeit zur Förderung der Einigung Deutschlands durch seinen persönlichen Besuch des Fürstentags bewiesen und werde auch ferner für die Bundesreform auf föderativer Grundlage auf verfassungsmäßigem Wege bemüht sein. Auf diesem Wege werde er auch verharren in dem Bestreben, die Rechte der Herzogthümer zur vollen Geltung zu bringen, also nicht einseitig vorgehen, zugleich aber nichts unterlassen, um die Spaltung unter den Bundesgliedern abzuwenden und die Bundesverfassung und die Selbständigkeit des Landes entschieden zu wahren. Die Hoffnung auf die Erhaltung des Zollvereins sei nicht aufzugeben.

Die Abgeordnetenkammer präsentirt für das Präsidium den Grafen Bennigsen, Landrath Neubourg und Rudolph Bennigsen.

† **Kopenhagen.** Der schwedische Gesandte ist zu einer Konferenz nach Stockholm berufen worden. Der Feind bei Sandberg und die Dänen bei Rönhof beschossen einander [über den Alsener Sund] resultatlos.

†† **Triest,** 18. Febr. Der hier vor Anker liegende dänische Schooner „Nemes", Kapitän Bracke, wurde mit Embargo belegt.

Marktpreise.

Ergebniß des am 13. und 16. Febr. 1864 zu Villingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf. Ztnr.	Ganze Verkaufssumme.	Preis per Ztnr.	Aufschlag per Ztnr.	Abschlag per Ztnr.
Kernen	1053	6641 fl. 46 kr.	6 fl. 19 kr.	— fl. 2 kr.	— fl. — kr.
Roggen	11	44 fl. 54 kr.	4 fl. 5 kr.	— fl. 5 kr.	— fl. — kr.
Gerste	5	17 fl. 30 kr.	3 fl. 30 kr.	— fl. — kr.	— fl. 25 kr.
Bohnen	27	102 fl. 45 kr.	3 fl. 48 kr.	— fl. 7 kr.	— fl. — kr.
Erbsen	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Linsen	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Mischelfrucht	53	184 fl. 45 kr.	3 fl. 29 kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.
Wicken	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. 1 kr.
Haber	146	587 fl. 51 kr.	4 fl. 2 kr.	— fl. 6 kr.	— fl. — kr.
Esparsette	—	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.	— fl. — kr.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

17. Febr.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 7,57'''	+ 4,0	S.W.	stark bew.	trüb, naß
Mittags 2 „	„ 7,87'''	+ 5,0	„	„ „	Sonnenbl. frisch
Nachts 9 „	„ 8,23''	+ 2,5	„	„ „	Trb, Nchts Schnee

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 19. Febr. 1. Quartal. 26. Abonnementsvorstellung. Wegen Unpäßlichkeit des Hrn. Devrient statt der angekündigten Vorstellung „Der gute Papa Ehmals" und „Der Damenkrieg", zum ersten Male wiederholt: **Im Vorzimmer Sr. Excellenz;** Lebensbild in 1 Akt, von R. Hahn. Hierauf: **Der Schleichhändler;** Posse in 4 Akten, von Raupach.

Sonntag 21. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. **Einen Jux will er sich machen;** Posse in 4 Akten, von J. Nestroy.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.f.141. Karlsruhe. Dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Bruder Ludwig Sander nach längerem Krankenlager in seinem 27. Lebensjahr in ein besseres Jenseits zu rufen.

Um stille Theilnahme bittet

Ferdinand Sander,
großh. Lieutenant.

Todesanzeige.

Z.f.142. Rastatt. Freunden und Verwandten die traurige Anzeige, daß unser guter Gatte, Vater und Schwiegervater, M. Rosenthal, am 14. d. nach kurzen Leiden sanft entschlafen ist, und bitten um stille Theilnahme.

Rastatt, im Februar 1864.

Die Hinterbliebenen.

Z.f.108. Karlsruhe.

Einladung.

Für die Verwundeten in Schleswig stellt Herr Professor Feodor Dietz eine Reihe Sciizzen und Bilder aus, welche er im Feldzuge von 1848 und 1849 in Schleswig gesammelt hat.

Das Ausstellungslokal ist der Saal im Gartenpavillon des Museums, Blumenstraße Nr. 1. A., die Zeit der Ausstellung jeden Tag von Morgens 10 Uhr bis Abends 4 Uhr. Das Eintrittsgeld ist dem Belieben des Einzelnen überlassen, und es ist zu diesem Behufe eine sogenannte Kollektenbüchse aufgestellt.

Das unterzeichnete Komitee, welches den Ertrag zu dem bezeichneten Zwecke zu übermitteln die Ehre haben wird, ladet zu recht zahlreichem Besuche der interessanten Ausstellung ein.

Karlsruhe, den 16. Februar 1864.

Das Komitee des badischen Frauenvereins.

Dampfmaschine, eine von 2—3 Pferdekraft, wird zu kaufen gesucht. Von wem? sagt die Exp. d. Blts. Z.f.83.

Z.f.74. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).

Heute, Freitag den 19. Februar,

Galla-Vorstellung

zum Benefice der Miß Agnes Chaplin.

Zum ersten Male: Akademische Voltige über 4 Pferde. Zum ersten Male: Die große Schulquadrille auf 4 Schulhengsten. Zum ersten Male: Das große Kosaken-Manöver. Miß Zephora auf ungesatteltem Pferde 2c. 2c.

Samstag, 20. Februar, nach der Vorstellung, 10½ Uhr Abds., Extrazug nach Baden-Baden.

Donnerstag den 25. Februar letzte und Abschieds-Vorstellung.

Z.f.132. Karlsruhe. Ganz frische Austern und Seedorsch, echt russ. Caviar, Turbots, Solles, ger. Rheinlachs, Frankfurter Bratleberwurst, Wertheimer Würste, Chapon Bresse, Pommersche Gänsebrüste sind eingetroffen bei

Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant.

Z.f.117. Karlsruhe.

C. Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt

Frisches **franz. Geflügel**, als: schöne große **Chapons** und **Poulardes de Bresse, Perdreaux rouges,** frische **Perrigordtrüffel** 2c., sowie

frische **Solles, Cabeljau, Laberdan, franz. und engl. Austern, Crevettes, echten Astracan- und Elb-Caviar, Straßburger Gänseleberpasteten, Bückinge** zum Rohessen und Braten, **frisch ger. Winterrheinlachs** 2c. 2c.

Z.f.134. Mannheim.

Oeffentliche Aufforderung.

A. Strobel, im Monat Mai 1862 in Schwäbisch Gemünd im Gasthof zum Hahnen wohnhaft gewesen, wird hiemit wiederholentlich aufgefordert, recht bald seinen Verpflichtungen gegen mich nachzukommen.

Mannheim, den 17. Februar 1864.

Theodor Johanning.

Z.f.119. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt die wieder eingetroffene

— echt russ. Geflügel-Bouillon 2c. —

Z.f.65. Frankfurt a. M. Ein

Herrschaftshaus

mit auf den Rhein mündenden Gärten, nebst großem Hofraum, Stallung, Remisen, Scheune, vier großen Kellerräumen 2c. 2c., zu jedem Geschäftsbetrieb geeignet, in schönster Lage des Rheingaues, 30 Minuten von Wiesbaden entfernt, ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen, oder auf längere Zeit zu vermiethen.

Wegen näherer Auskunft beliebe man sich sub Chiffre J. T. 308 an die Expedition für Ztgs.-Annoncen von **Otto Molien in Frankfurt a. M.** zu wenden.

Z.f.113. Karlsruhe. Echte frische russische **Bouillon**-Tafeln sind eingetroffen bei

Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant.

Z.f.122. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt

— Frische saftige **Malaga-Citronen** à 3½ kr., —
— schöne große **Messiner Citronen,** —
— schöne große **spanische Orangen,** —
— schöne **Menton-Orangen** à 4 kr. —
(bei Original-Kisten billiger),

feinste **Fruits confits assortis,** in kleinen und großen Sachteln, wie auch im Detail, als: schöne Abricots, Kirschen, Reineclaudes, Angélique, Chinois 2c.,

— neue **Muscat-Datteln,** —

Pistolles, Brünellen, Pruneaux fleuris, Prunes d'Agen, große **Tafel-** und **Kranz-Feigen, Malaga-Rosinen, Sultanini, Tafelmandeln,** lange und runde **Haselnüsse,** Pistazien, cand. ostind. **Ingber, feinste Vanille,** Zimmt, Nelken, Chocolade, **feinsten Caravanen-Thee,** feinsten **Pecco-** und **Souchong-,** feinsten **Gunpowdre-, Haysan-**Thee in ¼, ½ und 1 Pfund-Originalpackung, ebenso mehrere Sorten offen und im Detail.

Z.f.123. Nr. 894. Karlsruhe.

Vergebung von Asphaltirungs-Arbeiten.

Das Einsteigtrottoir auf dem Karlsruher Bahnhof soll auf einer Fläche von 11,000 Quadratfuß (990 Quadratmetres) mit einer 5 Linien (15 Millimetres) dicken Asphaltdecke hergestellt werden.

Der Uebernehmer hat den erforderlichen bessern Asphalt von Seissel in Frankreich oder von Val de Travers in der Schweiz zu beziehen, und die Herstellung des 4 Zoll (12 Centimetres) starken Betonfundaments, wozu die erforderlichen Materialien von der Baubehörde angeschafft werden, sowie die Ausführung der Asphaltdecke im Monat April d. J. vorzunehmen.

Die Soumissionsangebote, worin der Preis für jede der genannten Asphaltsorten besonders zu stellen ist, sind längstens bis zum **1. März d. J.** bei der unterzeichneten Stelle franko einzusenden.

Karlsruhe, den 17. Februar 1864.

Großh. Eisenbahnamt.

Der Vorstand: Burg. Der Bezirks-Ingenieur: Bischoff.

Z.f.136. Nr. 151. Freiburg. (Holzversteigerung.) Im Domänenwald Forstwald, Gemarkung St. Georgen, werden an folgenden Tagen mit halbjähriger Borgfrist versteigert,

Mittwoch den 24. d. M.:

12 Eichen-, größtentheils zu Holländerholz geeignet, 25 Erlen-, 3 Eschen-, 2 Birken-, 2 Kirschbaum-, 18 starke Ulmen- (Rüschen-), 4 Weißbuchen-Stämme und 1 Apfelstamm, 14 Eschenstangen und 2 Klafter 8′ lange Akazien-Steckspälter.

Nach Beendigung der Nutzholzversteigerung wird mit jener des nachstehenden Klafterholzes begonnen und mit dem Verkauf desselben am

Donnerstag den 25. d. M. fortgesetzt:

5 Klafter weißbuchenes, 68 Klafter aspenes, 18½ Klafter eichenes und 212¼ Klafter gemischtes Scheit- und Prügelholz;

Freitag den 26. d. M.:

19,400 gemischte Wellen und 8 Loos Abfallreis.

Die Zusammenkunft ist jeweils Vormittags 9 Uhr im Holzschlag bei den Schlatterhöfen.

Freiburg, den 17. Februar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei Wendlingen.

Wannemacher.

Z.f.143. Pforzheim. (Dekopistenstelle.) Bei diesseitigem Dienst ist die Dekopistenstelle mit 250 fl. Gehalt sogleich zu vergeben. Bewerber wollen sich unter Beischluß ihrer Zeugnisse alsbald melden.

Pforzheim, den 17. Februar 1864.

Großh. bad. Obereinnehmerei.

Z.c.739. Nr. 2111. Freiburg. (Erledigte Gerichtsboten- und Gerichtsvollziehers-Stelle.) Die Stelle eines Gerichtsboten und Gerichtsvollziehers bei dem diesseitigen Gerichte ist in Erledigung gekommen. Bewerber um solche haben sich unter Vorlage ihrer Zeugnisse binnen 14 Tagen dahier zu melden. Freiburg, den 12. Februar 1864.

Großh. bad. Stadtamtsgericht.

Brummer.

vdt. Simianer.

Z.f.128.

Spinnerei und Weberei Offenburg.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 20. Juni 1863, Satz 4, benachrichtigen wir die verehrlichen Aktionäre, daß sie die für die zurückgezogenen Zins- und Superdividenden-Anweisungen hinauszugebenden Dividenden-Anweisungen vom 1. März d. J. an dort in Empfang nehmen können, wo sie seiner Zeit die Anmeldung gemacht, beziehungsweise die früheren Anweisungen abgegeben haben.

Behufs der Empfangnahme der neuen Dividenden-Anweisungen sind die Antheilscheine selbst vorzulegen, damit auf denselben die Rückgabe der zurückgezogenen, sowie die Ausgabe der neuen Anweisungen durch Abstempelung beurkundet werden, ohne welche Beurkundung die letzten nicht abgegeben werden können.

Offenburg, den 13. Februar 1864.

Z.d.825.

Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Diese Anstalt hat sich im Jahr 1863 wiederum sehr günstiger Geschäftsergebnisse zu erfreuen gehabt. Durch einen reichen Zugang an neuen Versicherungen (1683 Personen mit 3,715,600 Thlr.), welcher größer war, als in irgend einem der frühern Jahre, ist

die Zahl der Versicherten auf 25,370 Pers.,
die Versicherungssumme auf 43,150,000 Thlr.,
der Bankfond auf etwa 12,000,000 Thlr.

gestiegen.

Eine Jahreseinnahme an Prämien und Zinsen von über 2,000,000 Thlr. gestattete eine Zahlung von 1,048,400 Thlr. für 571 gestorbene Versicherte und läßt, nach gehöriger Ausstattung der Reserve, noch einen bedeutenden reinen Ueberschuß mit Aussicht auf abermalige reichliche Dividende für die Versicherten übrig.

In diesen und den nächsten vier Jahren werden über

Zwei Millionen Thaler

vorhandene reine Ueberschüsse an die Versicherten vertheilt; was für 1864 eine Dividende von

37 Prozent

und für 1865 und 1866 eine solche von je **38** Prozent ergibt.

Unter Verweisung auf jene hohen materiellen Garantien und die durch die regelmäßigen Dividenden gewährte nachhaltige Billigkeit der Versicherungskosten laden zur Versicherung ein

Bernhard Schweig in **Carlsruhe,**
L. Sonntag in **Baden-Baden,**
J. F. Kieser in **Buchen,**
Rentbeamter **G. A. Braun** in **Constanz,**
F. X. Huber in **Donaueschingen,**
Stift.-Sekret. **Xav. Siefert** in **Freiburg i. B.,**
Louis Spitzer in **Heidelberg,**
Notar **Fr. Lochert** in **Lahr,**
Rabus & Stoll in **Mannheim,**
Heinr. Helfrich in **Mosbach a. N.,**
Alfred Lazoche in **Offenburg,**
C. E. Rohreck in **Pforzheim,**
Buchhändler **H. Zimmermann** in **Waldshut,**
Friedr. Louis Kissel in **Weinheim,**
Heinr. May in **Wertheim.**

Pferdemarkt Donaueschingen.

Z.f.97. Durch Beschluß großherzogl. Regierung des Seekreises vom 29. September v. J., Nr. 8834, wurde der Stadtgemeinde Donaueschingen die Abhaltung zweier Pferdemärkte je **am ersten Mittwoch in den Monaten März und September jeden Jahres** bewilligt.

Die Lage Donaueschingens, am Knotenpunkte von fünf bedeutenden Verkehrsstraßen, welche sich theils in die benachbarten deutschen Länder, theils nach der Schweiz und Frankreich ziehen, verspricht einem Pferdemarkt eine äußerst günstige und gesicherte Zukunft; überdies hat sich die Baar, in deren Mitte unsere Stadt liegt, durch eine sehr regsame Pferdezucht von jeher ausgezeichnet, und ist solche durch die dankenswerthen Bemühungen des großh. bad. Landesstallmeisteramtes, sowie der großh. Centralstelle für Landwirthschaft in neuerer Zeit noch merklich gehoben werden.

Ein sprechender Beweis für diese Thatsachen sind die zahlreichen jährlichen Pferdeankäufe, welche von der großh. Remontirungskommission, sowie von schweizerischen und französischen Privaten und Händlern seit einer Reihe von Jahren in unserer Gegend gemacht werden; auch hat uns großh. Kriegsministerium mittelst Erlaß vom 3. August v. J., Nr. 13,370, die Zusicherung ertheilt, jeweils eine Kommission zum Ankauf von Pferden auf unsern Markt abzuordnen.

Es ist somit alle Aussicht vorhanden, daß der hiesige Pferdemarkt ein sehr besuchter und belebter sein, und daß sich die Frequenz desselben von Jahr zu Jahr zur Zufriedenheit der Käufer wie Verkäufer erhöhen werde.

Wir erlauben uns daher zu recht zahlreichem Besuche und zur Benützung unseres neuen Pferdemarktes, welcher erstmals am

Mittwoch den 2. März d. J., Vormittags,

abgehalten wird, mit dem Bemerken höflichst einzuladen, daß für gute und bequeme Unterkunft der Thiere Sorge getragen wird, und für dieselben vor der Hand keinerlei Gebühren für Platzgeld 2c. 2c. zu entrichten sind.

Donaueschingen, am 15. Februar 1864.

Gemeinderath.

Gleichauf.

Z.f.146. Jena.

Grossherz. Sächs. Lehranstalt für Landwirthe an der Universität Jena.

Die Vorlesungen für das Sommerhalbjahr 1864 beginnen

den 25. April 1864.

Auskunft ertheilt

Die Direktion
Dr. E. Stöckhardt.

Z.f.88. Biberach (Würtemberg).

PETROLEUM-LAMPEN!

Wir liefern hierin das Neueste, sehr billig — ebenso **Küchenlämpchen** — frei brennend ohne Cylinder, von 11 — 24 kr. per Stück. Brennköpfe, einzelne, amerik. oder unsere Konstruktion — Patentbrenner mit Gallerie. Zeichnung stehen zu Diensten.

Biberach (Würtemberg) 1864.

Consoni-Rheinhardt,
Erdöllampen-Fabrik.

Frankfurt, 17. Febr. 1863. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	100 P.
„	5% do. 1852 in Lst.	76¼ G.	„	3½% dto.	— —
„	5% do. 1859 „ „	76½ G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101¾ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	90½ P.	„	4½% dto.	101⅜ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	77¾ G.	„	4% dto.	99⅜ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	64½ b.	„	3½% dto.	91½ bG.
„	5% Met.-Obligat.	57¼ G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91¾ bG.
„	5% do. 1852 C. b. R.	57⅝ G.	Lrbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. G.	90 G.
„	4½% Met.-Oblig.	50⅝ G.	Frankf.	3½% Obligation.	97 P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% dto.	91 P.
„	4½% do.	100⅜ P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	85¾ G.
„	4% do.	95½ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	84¾ P.
„	3½% Staatsch.	— —	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101⅛ P.	„	2% Schuld	45½ P.
„	4½% ½jährig	101¼ G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ P.
„	4% 1jährig	99⅝ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅝ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95¾ P.
„	4% Ablös.-Rente	99½ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95¾ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 kr.	101⅛ G.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105 G.	„	4½% Bern. St.-O.	101⅝ P.
„	4% dto.	101½ G.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	94¼ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97 G.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	93¼ P.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	112½ P.
„ 250 „ „ 1854	72½ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	121⅛ P.
„ 500 „ v. 1860 6/7	76⅛ bG.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9⅝ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112 P.
„ 35- „ „	53 P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53½ G.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	132¾ P.
„ 25 „ „ „	— —
Nass. 25-fl.-L. b. R.	37 P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60¼ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	32¾ P.
3% L. A. b. St. Brüss.	96 P.
2½ Litt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅜ G.
Antwerpen	„	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	104⅞ G.
Bremen	„	96⅝ B.
Brüssel	„	93 G.
Cöln	„	105⅛ B.
Hamburg	„	88⅜ G.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	118⅛ B.
Mailand. i. Fr. 200	„	92⅝ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	92⅞ G.
Wien	„	97⅝ G.
Disconto		4% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	139 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	50⅜ P.
5% Oesterr. Bank-Aktien	747 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50⅛ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	176 b.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	77⅛ P.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72¼ P.
3% Darmst. B. A. à fl. 250	210 G.	5% Bbb. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	79¾ b. G.
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ G.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	101⅝ G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90 G.	4% Oest. Lb. 1. Pr.-O. i. Süb.	75½ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5 „ „ 2. „ „	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	103½ G.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	325 P.	4% „ „ „	98¾ G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	97⅝ G.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	187 G.	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	108½ P.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	—
Rhein-Nahe-Bahn	251⅞ G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	250 P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	135½ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max.-Esb.-A. b. R.	102¾ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	108¾ G.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	109⅛ G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	156 P.
4% Hess. Ludwigsbahn	124 G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl. 9	38½-39½
Preuß. Frd'or.	„ 9	55 -56
Holl. fl. 10 St.	„ 9	44½-45½
Rand-Ducat.	„ 5	32 -33
20-Frankenst.	„ 9	19½-20½
Engl. Sover.	„ 11	44 -48
Gold pr. Zpfd.	„	803 -8
Hb. Silb. p. Zpfd.	„ 52	6 -36
Preuß. Cassch.	„ 1	44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„ 2	25½-26½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.